

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 11.11.2010 um 18.25 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat May (ohne Ziffer 4 und 5)
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp
Bgmin. Regan

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bgm. Christof

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Bauamtsleiter Janner
Amtfrau Hartmann (bis Ziffer 3)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadtrat E. Müller

Stadträtin Glos
Ortssprecherin Schlötter
Ortssprecher Pfrenzinger
Stadtrat Schardt
Stadtrat Popp

Entschuldigt fehlten:

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2009; Budgetierung der Betriebskosten der städtischen Schulen

- A. Stadträtin Schmidt fragt nach, weshalb die Energiekosten derart hoch seien und erinnert an die Umsetzung des 50/50-Modells.
Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Energiekosten auch durch die mobile Heizungsanlage in den Marshall Heights entstanden seien.
Bauamtsleiter Janner antwortet hinsichtlich des 50/50-Modells, dass hierzu im kommenden Jahr ein Vorschlag zur Umsetzung ergehen werde.
 Auf die Frage nach dem Sachstand zur Arbeit der Energieagentur Oberfranken stellt Bauamtsleiter Janner dar, dass die Agentur noch in der Erhebungsphase sei und die Ergebnisse nach der Heizperiode vorliegen würden. Daraus resultierende Einsparungen könnten sich ab dem Haushaltsjahr 2012 bemerkbar machen.

B. Mit 12 : 1 Stimmen

Die Abrechnung des Budgets „Schulen – Betriebskosten“ für das Haushaltsjahr 2009 schließt mit einem Defizit in Höhe von 21.894,30 € ab.
 Auf den Übertrag dieses Defizits in das Folgejahr wird verzichtet.

2. Anerkennung der Bedarfsnotwendigkeit gemäß Art. 7 Abs. 2 BayKiBiG für eine zweite Hortgruppe im "Schülerhort Spielraum" ab der Fertigstellung des Hortneubaus

- A. Amtfrau Hartmann geht ausführlich auf den Sachverhalt ein, stellt die Historie des Schülerhorts dar, verweist auf den Wasserschaden verbunden mit dem Ausweichquartier und stellt dar, dass mit Blick auf den Mehrbedarf (20 Kinder auf der Warteliste) ein zweigruppiger Neubau mit entsprechendem Zuschuss durch die Stadt Kitzingen notwendig sei. Deshalb sollte der Mehrbedarf an Hortplätzen festgestellt werden, der trotz demographischen Rückgangs weiterhin ansteigen wird.
Oberbürgermeister Müller stellt die hervorragende Arbeit des Hauses Marienthal nicht in Abrede. Seiner Auffassung nach sollte die Entscheidung bis zu den Haushaltsberatungen zurückgestellt werden, da die für die Aufstellung erforderlichen Eckdaten (Abschluss 2010 – Schlüsselzuweisungen, Gewerbesteuer 2011) erst bis Anfang Januar vorliegen werden. Seiner Auffassung nach müsse das richtige Maß zwischen Deckung des Bedarfs – auch mit Blick auf die weitere Entwicklung – sowie die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Kitzingen gefunden werden.
Stadtrat Moser als stellv. Referent für Jugend- und Familienangelegenheiten kann sich der Meinung von Oberbürgermeister Müller anschließen und bittet, die Angelegenheit rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen zu behandeln.
 Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Hort, wobei mehrheitlich die Arbeit und das Engagement des Hauses Marienthal gewürdigt wird, die Deckung des Bedarfs mit Blick auf die Folgekosten der Stadt Kitzingen in Relation zu sehen sind und hierfür zunächst die Haushaltszahlen erforderlich seien.
Stadträtin Schmidt stellt den Antrag, dass die Angelegenheit zunächst in die Fraktionen und Gruppen verwiesen werden sollte.

B. Mit 10 : 3 Stimmen

Mit dem Antrag besteht Einverständnis. Oberbürgermeister Müller verweist die Angelegenheit in die Fraktion und Gruppen.

3. Erhöhung der Kassenversicherung**Mit 13 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Der Erhöhung der Kassenversicherung von 75.000 € auf 1 Mio. € zu einem Jahresbeitrag von 17.217,63 € wird nachträglich zugestimmt.

4. Klärwerk Kitzingen - Erneuerung und Umbau der Rechen- und Sandwaschanlagen; hier: Grundsatzbeschluss**Mit 12: 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt insbesondere aus bau-, verfahrens- und sicherheitstechnischen Gründen der Sanierung/Erneuerung der Rechen- und Sandwaschanlage zu und beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Schritte zur Vergabe der Planungsleistungen einzuleiten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Mittel in den Haushalten 2011 und 2012 einzustellen.
4. Des Weiteren folgt der Stadtrat der Empfehlung der Verwaltung, parallel zu o. g. Maßnahmen ein technisch wirtschaftliches Handlungskonzept für die anstehenden Unterhaltungs- Sanierungs- und Modernisierungsleistungen auf dem Kitziinger Klärwerk durch geeignete Planungsbüros erarbeiten zu lassen.

5. Ausbau der BAB A 3 - Abschnitt östlich Mainbrücke Dettelbach bis westl. AS Wiesentheid; hier: Beteiligung im Abstimmungsverfahren zur Genehmigungsplanung**Mit 12 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat nimmt die von der Verwaltung gegebenen Hinweise während der Abstimmung zur Genehmigungsplanung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, diese der Autobahndirektion Nordbayern mitzuteilen.
3. Angemerkt wird, dass eine erneute Beteiligung der Stadt Kitzingen mit der Möglichkeit zur weiteren Stellungnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens erfolgen wird.

6. Bedarfsmitteilung zum Städtebauförderungsprogramm 2011

- A. Oberbürgermeister Müller verweist auf den Sachverhalt und bittet um Zustimmung.
2. Bürgermeister Christof fragt nach, ob das vom Stadtrat beschlossene Symposium bei der Anmeldung enthalten sei, was Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer verneint und zusagt im Bereich der Innenstadt zusätzlich 20.000,00 € (in 2011) für das Symposium anzumelden.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

Das Antragsvolumen der förderfähigen Kosten für das Städtebauförderungsprogramm 2011 wird für die Haushaltsjahre 2011 - 2014 wie folgt festgesetzt:

2011	876.000 €
2012	286.000 €
2013	221.000 €
2014	<u>105.000 €</u>
	1.488.000 €

Folgende Maßnahmen werden zur Förderung angemeldet:

	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €
1. Städtebaulicher Wettbewerb Quartier Bürgerbräu-Marktcafé (250.000 €)	--	150.000	100.000	--
2. Kommunales Förderprogramm (50.000 €)	--	--	25.000	25.000
3. Konversion von Militärf Flächen (848.000 €)	576.000	96.000	96.000	80.000
4. Erstellung Verkehrsentwicklungs- plan, inbegriffen Konversionsfläche (120.000 €)	80.000	40.000	--	--
5. Rahmenplanung Innenstadt / Alt- stadt (70.000 €)	70.000	--	--	--
6. Bahnhofsumfeld Wettbewerb und Planung (150.000 €)	150.000	--	--	--
Gesamt 1.468.000 €	876.000	286.000	221.000	105.000

7. Vermögensrechnung 2009

Ohne Abstimmung

Vom Ergebnis der Vermögensrechnung 2009 wird gem. Art. 102 GO i. V. m. §§ 76, 77 und 81 KommHV-Kameralistik Kenntnis genommen.

Ergebnis der Vermögensrechnung zum Jahresabschluss 2009:

1.	Vermögensübersicht nach § 77 Abs. 2 Nr. 1, § 81 Abs. 1 und § 76 KommHV-Kameralistik	
1.1	<u>Nachweis nach § 76 Abs. 1 KommHV-Kameralistik</u>	
1.1.1	Forderungen aus Geldanlagen (Allg. Rücklage)	5.479.155,58 €
1.1.2	Forderungen aus Darlehen	14.575.902,95 €
1.1.3	Beteiligungen (daneben 5,40 % Anteil aus Kommunalen Trägerschaft für Sparkasse Mainfranken Würzburg und 4,69 % Anteil an der Giltholzgemeinschaft)	141.698,14 €
1.2	<u>Nachweis nach § 76 Abs. 2 KommHV-Kameralistik</u> (Anlagennachweise, Anlagevermögen kostenrechner sowie anderer Einrichtungen, Restbuchwerte) Summe Ziffer 1:	<u>54.846.677,50 €</u> <u>75.043.434,17 €</u>
2.	Übersicht über Schulden und Rücklagen nach § 77 Abs. 2 Nr. 2, § 81 Abs. 2 KommHV-Kameralistik	
2.1	<u>Schulden</u> aus Krediten	15.940.959,00 €
2.2	<u>Rücklagen</u> Allgemeine Rücklage	5.479.155,58 €

Nachrichtlich:

- A) Das Bestandsverzeichnis nach § 75 Abs. 1 KommHV-Kameralistik wurde für die Grundstücke erstellt.
Zum 31.12.2009 betrug die Grundstücksfläche 8.368.689 m². Der Bodenwert der bebauten und unbebauten Grundstücke betrug zum 31.12.2009
- | | |
|-----------------------------------|------------------|
| | 52.635.513,87 € |
| davon im Anlagennachweis erfasst: | - 8.796.282,39 € |
| Differenz: | 43.839.231,48 € |

Das Vermögen der Grundstücke zum Bodenwert wurde um die im Anlagennachweis enthaltenen Grundstücke bereinigt, da das Bestandsverzeichnis nach § 75 KommHV-Kameralistik sämtlichen Grundbesitz der Stadt Kitzingen erfasst (keine Doppelerfassung).

- B) Bürgschaften: die Restschuld der Kredite, für die die Stadt Kitzingen die Bürgschaft übernommen hat, betrug zum 31.12.2009 2.132.572,21 €
davon für Kitzinger BauGmbH: 1.442.328,04 €
davon für Stadtbetriebe Kitzingen GmbH: 690.244,17 €

Zusätzlich bestehen je eine Bürgschaft zugunsten der Kitzinger BauGmbH und der Stadtbetriebe Kitzingen GmbH für die Zusatzversorgung bei der Bayer. Versicherungskammer, die der Höhe nach nicht beziffert werden können.

C) Zu Beginn des Haushaltsjahres betrug die Allgemeine Rücklage 10.798.701,94 €. Im Haushaltsjahr 2009 wurden der Allgemeinen Rücklage 5.319.546,36 € entnommen, so dass deren Stand zum Jahresabschluss 5.479.155,58 € betrug. Wurden keine Inneren Kassenkredite benötigt, waren die Rücklagengelder zinsbringend angelegt.

D) Reinvermögen zum Jahresabschluss 2009:

Bestand der Girokonten	481.273,32 €
Geldanlagen der Stadtkasse	250.000,00 €
Innerer Kassenkredit	0,00 €
Forderungen aus Geldanlagen (Ziffer 1.1.1) (Allgemeine Rücklage)	5.479.155,58 €
Forderungen aus Darlehen (Ziffer 1.1.2)	14.575.902,95 €
Beteiligungen (Ziffer 1.1.3)	141.698,14 €
Vermögen lt. Anlagennachweis (Ziffer 1.2)	54.846.677,50 €
Grundstücke/Bodenwert (Buchst. A)	<u>43.839.231,48 €</u>
Zwischensumme	119.613.938,97 €
Schulden (Ziffer 2.1)	- <u>15.940.959,00 €</u>
Reinvermögen	<u>103.672.979,97 €</u>

8. Haushaltsüberschreitung

D. Paul-Eber-Schule

Kommunale Mitfinanzierung der offenen Ganztagsklassen

Dringlichkeitsentscheidung gem. Art. 37 Abs. 3 GO

Ohne Abstimmung

Es wird davon Kenntnis genommen, dass im Wege der Dringlichkeit für das Rechnungsjahr 2010 eine Haushaltsüberschreitung bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
<u>VwHh:</u> 2121 7110	D.-Paul-Eber-Schule; Kommunale Mitfinanzierung der offenen Ganztags- betreuung	0,00 €	15.000,00 €

genehmigt wurde.

Die Deckung erfolgte durch Mehreinnahmen bei HSt. 9000 0010 - Grundsteuer B.

9. Anfrage von 2. Bürgermeister Christof
Strompreiserhöhung der LKW Kitzingen
Vorherige Zustimmung durch den Stadtrat

2. Bürgermeister Christof verweist auf das vorliegende Kurzprotokoll, wonach der Strompreis der LKW erheblich ansteige. Er spricht seinen Unmut darüber aus, dass der Oberbürgermeister in eigener Zuständigkeit seine Stimme in der Gesellschafterversammlung abgeben dürfe, ohne dass der Stadtrat vorab hierfür eine Ermächtigung erteile. Dies wurde im Übrigen auch durch das Rechnungsprüfungsamt festgestellt.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Erhöhung aufgrund der Anpassung durch das EEG (Energieeinspeisungsgesetz) bedingt war und es sich um keine Erhöhung durch Anpassung der Einstandspreise handelt. Im Übrigen bewege sich der Preis der LKW weiterhin am Markt, weshalb eine vorherige Genehmigung durch den Stadtrat nicht erforderlich sei.

10. Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul
Resolution gegen die Laufzeitverlängerung

Stadträtin Dr. Endres-Paul verweist auf den Antrag der SPD und fragt nach, was mit der Resolution nach der positiven Beschlussfassung durch den Stadtrat geschehen sei.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass er diese an die Bundeskanzlerin, dem Umweltminister sowie allen Fraktionen im Deutschen Bundestag weitergeleitet habe.

11. Hinweis von Stadträtin Wallrapp
Eröffnung des Pavillons am Weinlehrpfad

Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass der Pavillon am Weinlehrpfad Repperndorf fertig gestellt sei.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.06 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer